Schöneiche links

Ausgabe 1/2020
www.linke-schoeneiche.de

DIE LINKE.
Ortsverband Schöneiche bei Berlin

Liebe Schöneicherinnen,
liebe Schöneicher,
das Corona-Virus stellt uns derzeit alle auf eine harte Probe. Dabei wird ganz deutlich: Zentrale Bereiche unserer Gesellschaft müssen von der kapitalistischen Profitlogik befreit werden. Gesundheit ist keine Ware, sondern gehört in öffentliche Hand! Das gilt auch für Bildung, Wohnen, Energie, Mobilität. Zur Solidarität in Krisenzeiten gehört, dass wir andere Themen nicht vergessen, die uns alle angehen. Mit diesem Heft möchten wir in Erinnerung rufen, was Schöneiche derzeit noch bewegt.

Christine Engel und Beate Simmerl,
Vorsitzende DIE LINKE Schöneiche bei Berlin

Inhalt

- Schöneiche führt „Bernauer Modell“ ein *Seite 1-2*
- Gemeindehaushalt 2020: Straßen statt Wohnungen *Seite 3*
- Politik-Splitter *Seite 4-5*
- Fahrscheinlos im 10 Minten-Takt *Seite 6-7*
- Alles Tesla – oder was? *Seite 8*

Schöneiche führt „Bernauer Modell“ ein

Entlastung der Anlieger beim Sandstraßenausbau durchgesetzt

Im Herbst 2019 fasste die Schöneicher Gemeindevertretung einen wegweisenden Beschluss. Gemeinsam setzten die Fraktionen DIE LINKE, BBS/FDP/SCHÖN und UBS ein neues Verfahren zur Herstellung unbefestigter Sandstraßen durch um Anlieger*innen von hohen Kosten zu entlasten. Niemand soll wegen hoher Anliegerbeiträge für den Sandstraßenausbau aus Schöneiche wegziehen oder sich hoch verschulden müssen.

Das Problem

Die angestrebte Herstellung der Sandstraßen sollte zuvor – auch gegen den Willen der Anlieger*innen – als Erschließungsmaßnahmen gemäß Baugesetzbuch durchgeführt werden. Die Kosten werden dann zu 90 Prozent über Anliegerbeiträge finanziert. Obwohl das Gesetz auf Situationen abzielt, in denen auf der grünen Wiese neue Baugebiete ausgewiesen werden und die Grundstückseigentümer*innen von erheblichen Wertsteigerungen durch die Umwandlung ihrer Flächen in Bauland profitieren. Das ist bei Bestandsstraßen aber nicht der Fall. Anträge der LINKEN, die Anliegerbeiträge zu senken und ihre Mitsprache beim Straßenbau zu verbessern, wurden in der Gemeindevertretung bisher abgelehnt.

Die Lösung

Im Januar 2019 stellte André Stahl (DIE LINKE), Bürgermeister von Bernau, in Schöneiche das von seiner Stadt entwickelte Modell der „erweiterten Instandsetzung“ von Sandstraßen vor. Dafür werden keine Anliegerbeiträge erhoben, nur Grundstückzufahrten sind von den Anlieger*innen selbst zu bezahlen. Im März 2019 beauftragte die Gemeindevertretung den Bürgermeister auf Antrag der LINKEN, einen Vorschlag zur Einführung des „Bernauer Modells“ in Schöneiche vorzulegen.

Das Ergebnis

Im September 2019 stand nun die Entscheidung über den zukünftigen Umgang mit den Sandstraßen auf der Tagesordnung der Gemeindevertretung. Bürgermeister Ralf Steinbrück (SPD) empfahl, das „Bernauer Modell“ abzulehnen. Gegen den heftigen Widerstand von SPD, CDU und GRÜNEN wurde die Einführung der „erweiterten Instandsetzung“ in Schöneiche trotzdem beschlossen. Konkret wird in Zukunft gelten:

- Alle Sandstraßen werden auf ihre Eignung zur (beitragsfreien) erweiterten Instandsetzung geprüft und die Anlieger*innen erneut befragt. Anschließend entscheidet die Gemeindevertretung über „erweiterte Instandsetzung“ oder beitragspflichtigen Ausbau.
- Bei (beitragspflichtigen) Erschließungsmaßnahmen sind der Ausbaustandard und damit die Kosten für die Anlieger*innen so gering wie möglich zu halten.
- Bei Stundungen und Ratenzahlungen von Anliegerbeiträgen hat die Gemeindeverwaltung alle Ermessensspielräume zu Gunsten der Betroffenen auszuschöpfen.
- Pflastergeldzahlungen aus der Zeit vor 1945 können auf die Beitragszahlung angerechnet werden.
- Der Anliegeranteil an den Kosten für Erschließungsmaßnahmen wird von 90 auf 80 Prozent gesenkt.

Neuer Vorstand der Schöneicher LINKEN

Im Dezember 2019 wählte unser Ortsverband einen neuen Vorstand – erstmals mit weiblicher Doppelspitze aus Christine Engel und Beate Simmerl. Der langjährige Vorsitzende Fritz Viertel ist nunmehr einfaches Vorstandsmitglied, ebenso Jonatan Zint und Jens Eberlein (nicht im Bild).

Gemeindehaushalt 2020: Straßen statt Wohnungen

Linksfraktion lehnte Finanzplanung wegen falscher Prioritäten ab

Am 11. Dezember 2019 beschloss die Mehrheit der Gemeindevertretung den Haushalt für das Jahr 2020 (11 Ja, 7 Nein, 1 Enthaltung). Eins steht dabei fest: Noch nie hatte die Gemeinde so viel Geld – mehr als 22 Millionen Euro. Fast 8 Millionen Euro sollen im kommenden Jahr investiert werden.

Die meisten Posten im Finanzplan sind unumstritten. Doch dieser erste von der im Mai 2019 neugewählten Gemeindevertretung beschlossene Haushalt stellt mit dem Investitionsplan wichtige Weichen bis 2023. Aus Sicht der LINKEN werden dabei falsche Prioritäten gesetzt.

So sollen mehr als 23 Millionen Euro in acht Straßenbauprojekte fließen. Zwar ist es grundsätzlich nicht verkehrt, Straßen instand zu setzen. Für bezahlbaren Wohnraum hingegen will die Gemeinde nur 4 Millionen Euro ausgeben. Ein Drittel davon fließt in die Sanierung vorhandener Wohnungen. Der Rest steht für den Neubau von nur 35 kommunalen Mietwohnungen zur Verfügung.

Gemeinde verfehlt Wohnungsbauziel

Angesichts der Tatsache, dass Schöneiche seit 2014 unter akuter Wohnungsnot leidet und jedes Jahr 30 bis 40 Wohnungen allein für die ärmsten Bevölkerungsgruppen fehlen, ist das ein Tropfen auf den heißen Stein. Obendrein drohen bis 2025 bis zu 60 sozial gebundene Wohnungen durch Verkauf und auslaufende Mietpreisbindungen verloren zu gehen. Die Gemeinde würde ihre eigenen Wohnungsbauziele (40 zusätzliche Wohnungen bis 2027) krachend verfehlen.

Ein Änderungsantrag der Linksfraktion, die weitere Sanierung der Brandenburgischen Straße zu verschieben und von diesem Geld mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, wurde in der Gemeindevertretung jedoch von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

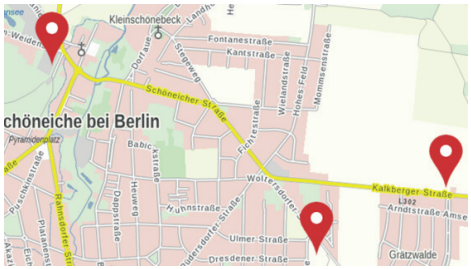
Deshalb – und weil die Gemeindevertretung ihrem eigenen Beschluss zu Maßnahmen gegen den Klimanotstand damit nicht gerecht wird – lehnte DIE LINKE den Gemeindehaushalt 2020 ab.

Politik-Splitter

Aktuelles aus der Gemeindevertretung

Standort für weiterführende Schule festgelegt

Nach intensiven Diskussionen und einer Einwohnerbefragung hat sich die Gemeindevertretung im Januar aus drei Varianten (siehe Karte) für die Fläche in Grätzwalde (Woltersdorfer/ Wittstock-/ Leipziger Straße) als Standort für eine weiterführende Schule entschieden (16 Ja, 4 Nein, 2 Enthaltungen). Zuvor war die Beschlussvorlage des Bürgermeisters zur Aufstellung eines Bebauungsplanes für dieses Areal um zwei Änderungsanträge der LINKEN ergänzt worden. Damit wird die benachbarte Grünfläche (Prager/ Woltersdorfer/ Ulmer Straße) gesichert und nicht bebaut. Zudem wird ein Verkehrskonzept erarbeitet, um zusätzlichen Autoverkehr im Wohngebiet zu vermeiden. Geprüft wird dabei ein Abzweig der Straßenbahn entlang der Woltersdorfer bis zur Bremer Straße/Kieferndamm.



Gemeindevertretung wagt mehr Einwohnerbeteiligung

Im Februar beschloss die Gemeindevertretung eine neue Einwohnerbeteiligungssatzung. Mit Änderungsanträgen setzten die Fraktionen DIE LINKE, BBS/FDP/SCHÖN und UBS gemeinsam durch, dass die Schöneicher*innen künftig mehr Mitsprache bei kommunalpolitischen Entscheidungen bekommen. Unter anderem werden Einwohnerbefragungen ermöglicht, die Kinder- und Jugendbeteiligung ausgeweitet sowie regelmäßige Gemeindeforen eingeführt bei denen Einwohner*innen und Gemeindevertreter*innen ins Gespräch kommen können. Außerdem sollen Anlieger*innen und Öffentlichkeit bei wichtigen Planungen beteiligt werden, *bevor* die Gemeindevertretung erste Beschlüsse dazu fasst (z.B. bei Bebauungsplänen).

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Immer wieder werden im Rathaus, in den Grundschulen und kommunalen Kitas Leiharbeitskräfte zur Überbrückung von Personalengpässen eingesetzt. Sie erhielten dafür bislang erheblich weniger Lohn. Dem schiebt die Gemeindevertretung nun einen Riegel vor. DIE LINKE setzte mit einem Antrag durch, dass Leiharbeitskräfte vom ersten Beschäftigungstag an den gleichen Lohn erhalten wie Festangestellte mit gleicher Ausbildung und gleichem Tätigkeitsbereich (9 Ja, 5 Nein, 5 Enthaltungen).

Mehr Personalmittel für die KuGi

Arbeiten zu Niedriglöhnen ist im Kulturbetrieb traurige Gewohnheit. Die Mitarbeiter*innen der Kulturgießerei sollen künftig besser bezahlt werden. Auf Antrag der Linksfraktion stellt die Gemeinde dafür ab diesem Jahr mehr Geld zur Verfügung (13 Ja, 5 Nein, 3 Enthaltungen). Für die Gemeindebibliothek wird es keine zusätzliche Personalstelle geben. Einen entsprechenden Antrag der LINKEN lehnten SPD, CDU, FDP und UBS in der Gemeindevertretung ab (8 Ja, 10 Nein, 4 Enthaltungen).

Schöneiche ist ein „sicherer Hafen“

Schöneiche wird sich – im Rahmen seiner Möglichkeiten – für die Rettung, Aufnahme und Integration von Geflüchteten einsetzen, die im Mittelmeer in Seenot geraten sind. Dafür unterstützt die Gemeinde künftig ein ziviles Rettungsschiff mit 1.500 Euro im Jahr. Sie teilt ferner die Forderungen der Bewegung „Seebrücke“, erklärt sich zum „sicheren Hafen“ für Menschen in Not und spricht sich gegen die Kriminalisierung ihrer Retter*innen aus. Das beschloss die Gemeindevertretung auf Antrag der LINKEN mit knapper Mehrheit (8 Ja, 7 Nein, 4 Enthaltungen) gegen den Widerstand von CDU und FDP.

Fahrpreiserhöhung bei der Straßenbahn

Zum 1.1.2020 erhöhte die Schöneicher-Rüdersdorfer Straßenbahn (SRS) die Fahrpreise. Auch im Haustarif, der nur auf der Linie 88 gilt. Dagegen hatten sich zuvor auf Antrag der LINKEN die Gemeindevertreter*innen in beiden Gemeinden ausgesprochen. In der Schöneicher Gemeindevertretung wurde der Erhöhung – die jährliche Mehreinnahmen von maximal 2000 Euro einbringen soll – mit 12 gegen 6 Stimmen bei 3 Enthaltungen eine Absage erteilt. Weil die Gemeinden nach der Teilprivatisierung der SRS in den 2000er Jahren nur noch 30 Prozent der Firmenanteile halten, konnten sie sich mit ihrer Kritik jedoch nicht durchsetzen.

Mehr freies Internet in Schöneiche

Auf Antrag der LINKEN wurde 2016 an der Dorfaue der erste WLAN-Hotspot für freies Internet eingerichtet. Mit Fördermitteln des Landes sind nun weitere Orte dazugekommen, an denen kostenlos gesurft werden kann: am Sportplatz, am Heimathaus, an der Musikschule, am historischen Raufutterspeicher und im Goethepark. Drei weitere Hotspots sollen noch folgen.

Mitglieder der Fraktion DIE LINKE in der Gemeindevertretung Schöneiche bei Berlin:

Fritz R. Viertel, Fraktionsvorsitzender

Eva Pankow, (parteilos), Stellv. Fraktionsvorsitzende

Beate Simmerl

Dr. Artur Pech

Haben Sie Fragen, Kritik, Hinweise oder Anregungen?

Melden Sie sich bei unserem Fraktionsvorsitzenden per E-Mail an: fritz.viertel@linke-schoeneiche.de oder telefonisch unter: 0152 - 26 12 24 67.

Fahrscheinlos im 10 Minuten-Takt

Ausbau des Nahverkehrs ist Grundlage für die Verkehrswende

Im November 2019 erkannte die Gemeindevertretung auf Antrag von LINKEN, GRÜNEN und SPD den Klimanotstand an und erklärte „die Begrenzung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen“ zu einer der dringendsten Aufgaben der kommenden Jahre. Will die Gemeinde ihre Selbstverpflichtung einhalten, einen wirksamen Beitrag zum Erreichen des 1,5 Grad-Ziels des Pariser Klimaabkommens zu leisten, ist eine Verkehrswende im Ort unumgänglich. Denn der Straßenverkehr ist der zweitgrößte Klimakiller.

Er verursacht ein Drittel des CO_2-Ausstoßes in unserer Waldgartengemeinde. Hinzu kommen Lärm, Abgase und Verkehrsunfälle. Darunter leiden ärmere Menschen besonders, weil sie häufiger an stark befahrenen Straßen wohnen.

Öffis und Fahrrad statt Auto

Die Herausforderung besteht darin, einen Großteil des Verkehrs vom Auto auf (Straßen-) Bahn, Bus und Fahrrad zu verlagern. Besonders bei kurzen, innerörtlichen Wegen sollte man in der Regel ohne Pkw auskommen.

Es ist Aufgabe der Gemeindevertretung, dafür die Voraussetzungen zu schaffen. Erste Erfolge sind schon zu verbuchen: Drei neue Straßenbahnwagen bieten mehr Komfort, im Mai 2020 startet der 10 Minuten-Takt am Nachmittag zwischen Friedrichshagen und Schöneiche. Eine neue Buslinie nach Neuenhagen ist in Vorbereitung. Das ist ein Anfang, reicht aber längst nicht aus. Unser Ziel: Auch wer kein (eigenes) Auto nutzen kann oder will, soll in Schöneiche uneingeschränkt mobil sein.

Priorität: Sichere und saubere Mobilität

Es braucht dafür eine Verschiebung der Prioritäten zu Gunsten sicherer und sauberer Mobilität.

Das heißt mehr Geld für den Ausbau der Öffis, für gute und sichere Radwege, weniger für den Bau von Straßen. Und: Vorfahrt für zu Fußgehende, Radfahrende und öffentliche Verkehrsmittel. Konkret setzt sich DIE LINKE im Jahr 2020/21 für folgende Maßnahmen ein:

- Weitere Fahrplanverbesserungen bei der Straßenbahn (Ausweitung des 10 Minuten-Takts an Werktagen, 20 Minuten-Takt am Sonntag, 30 Minuten-Takt bis Betriebsschluss);
- Einführung einer „KU+MO“-Karte für etwa 50 €/Jahr, mit der die Straßenbahn fahrscheinlos und Kulturangebote in Schöneiche und Rüdersdorf vergünstigt genutzt werden können;
- Start der Buslinie nach Neuenhagen;
- Fortsetzung des „SchöneicheBus“ als Mobilitätsangebot für Senioren und Menschen mit Behinderung;
- Einführung eines kostenfreien Verleihsystems für Lastenfahrräder;
- Investitionsprogramm für Instandsetzung und barrierefreien Ausbau der Geh- und Radwege;
- Förderung autoarmer Mobilität durch Änderung der Stellplatzsatzung;
- Ausweitung von Tempo 30;
- Einrichtung eines Wegeleitsystems für den Rad- und Fußverkehr.

Schon unterschrieben?

Volksinitiative: Verkehrswende Brandenburg jetzt!

DIE LINKE unterstützt die von Umweltverbänden, Gewerkschaften, Studierendenvertretung und Verkehrsunternehmen gemeinsam gestartete Volksinitiative „Verkehrswende in Brandenburg jetzt!“ mit ihrer Forderung an den Landtag, ein Mobilitätsgesetz für mehr Bahnen und Busse, besseren Radverkehr und günstigere Fahrpreise einzuführen.

Unterschriftenlisten und mehr Infos unter: www.verkehrswende-brandenburg.de

Alles Tesla – oder was?

Kommentar zur Euphorie um die Ansiedlung eines US-Konzerns

Als im November 2019 die Nachricht verkündet wurde, der US-Konzern Tesla wolle im märkischen Grünheide eine „Gigafactory“ zur Produktion hochpreisiger Elektroautos aus dem Boden stampfen, sprühte die Landespolitik vor Begeisterung. Tausende Arbeitsplätze und ein Meilenstein für weitere Industrieansiedlungen waren für SPD und CDU eine willkommene Gelegenheit, von mangelnder inhaltlicher Substanz ihrer frischgebackenen Koalition mit den GRÜNEN abzulenken. Ein Vierteljahr später ist der Glanz des Prestigeprojekts bereits verblasst.

Besonders ärgerlich: Viele Nachbar*innen des künftigen Fabrikstandortes wollen sich nicht recht für diese Großinvestition begeistern. Vielleicht, weil bisher unklar ist, ob Tesla jemals einen Cent Gewerbesteuer in der Region zahlt oder der Profit in ausländische Briefkastenfirmen abfließt? Vielleicht weil der Konzern nicht gerade für gute Löhne seiner Beschäftigten bekannt ist? Vielleicht, weil jede Imbissbudenbetreiberin länger auf eine Baugenehmigung wartet? Oder vielleicht, weil der bisher veranschlagte, zusätzliche Straßenverkehr in der Region den Beitrag der zu bauenden Elektrofahrzeuge zur ökologischen Verkehrswende konterkariert?

Ja, Tesla kann durchaus eine Chance für unsere Region sein. Aber dafür muss die Politik dreierlei sicherstellen, nämlich:

1. Keine Sonderrechte für Tesla bei Steuern und Abgaben, Löhnen und Arbeitsbedingungen, Umwelt- und Klimaschutzstandards.

2. Transparenz und Beteiligung der Öffentlichkeit bei laufenden und folgenden Planungs- und Genehmigungsverfahren.

3. Menschen- und umweltverträglicher Ausbau der Infrastruktur (Wohnen, Bildung, Verkehr) in der Region mit finanzieller Beteiligung von Tesla und Landesregierung.

Impressum und Kontakt
Christine Engel und Beate Simmerl (V.i.S.d.P.),
Vorsitzende DIE LINKE Schöneiche bei Berlin
E-Mail: kontakt@linke-schoeneiche.de
Internet: www.linke-schoeneiche.de
Facebook: www.facebook.com/linkeschoeneiche

Kein Postwurf
bei Werbeverbot!

Druck: Klimaneutral gedruckt mit dieUmweltdruckerei

klimaneutral
natureOffice.com | DE-254-645578
gedruckt